

Die „Zeitung“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und...

Die Anzeigenpreise sind: Tagesblätter: oberer Rand 25.—, unterer Rand 20.—...

Berlag und Exped. Berlin NS 40, Kronprinzenufer 27, I.

ZEITUNG Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Pariser Verhandlungen

Erklärungen des deutschen Vertreters — Voraussichtlich heute Entscheidung

Aus Paris liegt, wie die F. P. N. hören, noch keinerlei Meldung vor, die darauf schließen ließe, daß der Weg zur Verständigung in der Reparationsfrage gefunden ist...

Schon heute kann man sagen, daß das gesamte mobile Kapital Deutschlands vernichtet ist.

Die Vorschläge Stinnes

(DN.) London, 30. August. Ueber die Rolle, die Hugo Stinnes bei den Berliner Verhandlungen mit der Reparationskommission spielte, weiß der Berliner Vertreter der „Daily News“ zu berichten...

Beginnende Einsicht in Amerika

New York, 30. August. (Funkpruch.) „New York Herald“ erfährt aus Washington, Präsident Harding sehe ein, daß die Vereinigten Staaten schließlich an den Plänen zur Lösung der europäischen wirtschaftlichen Verwickelungen teilnehmen werden...

Neue Kabinettsitzung

(DN.) Berlin, 30. August. Seit heute morgen 10 Uhr findet in der Reichskanzlei eine Geheimbesprechung statt, die sich mit den Einzelheiten der in dem Memorandum an die Reparationskommission festgelegten Lieferungsverträge befaßt...

Lloyd George geht nach Genf

(EP.) Genf, 30. August. Wie das „Journal de Genève“ schreibt, bestätigt sich die Nachricht, daß Lloyd George die Abfahrt nach Genf zur Versammlung des Völkerbundes erwartet...

Wirkungen des Kohlenarbeiterstreiks. Wegen des Kohlenarbeiterstreiks sind am Dienstag in New York 700 Lichtspieltheater geschlossen worden...

Wladivostok von den Russen umzingelt. Wladivostok ist von allen Seiten von den Roten Freischärlern umzingelt. Drei Werk vor der Stadt kontrollieren die Freischärler den Eisenbahnverkehr.

Internationale des Kapitals

Im „Berliner Tageblatt“ erneuert der politisch rechtsstehende Großindustrielle Arnold Reehberg einen schon vor drei Jahren von ihm gemachten Vorschlag zur Lösung der Reparationsfrage...

Der Zusammenschluß der deutschen und französischen Industrie zu einer engen Interessengemeinschaft, deren Vorteile beiden Völkern in gleichem Maße zugute kommen, würde daher ein durchaus natürliches Gebilde sein...

Dabei ist es ein günstiger Umstand, daß die deutsche Industrie in den Zusammenbruch der deutschen Finanzen und in die Verarmung von Millionen Deutschen nicht mit verwickelt worden ist. Die deutsche Industrie hat den Reichtum Deutschlands vor dem Kriege geschaffen...

Hiermit wird also von sicher unverdächtigster Seite bestätigt, was in unserer Presse fortwährend behauptet, von der bürgerlichen Presse aber gewöhnlich bestritten worden ist: die deutsche Industrie ist von dem Zerfall der Reichsfinanzen nicht nur unberührt geblieben...

Es würde keineswegs schwierig sein, daß die Konzerne der deutschen Großindustrie ihr Aktienkapital um etwa dreißig Prozent des bisherigen Kapitals erhöhen, um diese neuen Aktien auf dem Wege über die Reichsregierung zu gleichen Teilen der französischen und der englischen Regierung zur Weiterveräußerung an die französische und englische Großindustrie auszuhandigen...

Es ist hier interessant, zu erinnern, daß, als unsere Partei die Forderung nach Erraffung der Sachwerte hervorbrachte, einer der hauptsächlichsten Gründe zur Verwerfung unserer Forderung die Behauptung war, wir wollten damit deutsche Werte an das Ausland verschachern...

Staatssekretär Schröder vor der Repko

EP. Paris, 30. August. Die Reparationskommission hat sich heute vormittag 10 Uhr vollständig versammelt, um den Deutschen Delegierten anzuhören. Auch der Vertreter der Vereinigten Staaten und der Vertreter der Kleinen Entente wohnten der Sitzung bei...

ein unbedingtes Moratorium

gewährt werden müsse, damit es wieder zahlungsfähig würde. Er unterbreitete der Kommission sodann die zwei Vorschläge, die der Reichskanzler Dr. Brüning schon in Brabant und in Aux-la-Rue vorgelegt hatte...

Schaffung eines Golddepots

von 50 Millionen Goldmark im besetzten Gebiet vor, das als Garantie für die Holz- und Kohlenlieferungen gedacht ist. Bei mangelhaften Lieferungen würde der entsprechende Fehlbetrag dem Depot entnommen...

Schaffung eines Vertrages

vor, in dem sich die großen Industrien der Holz- und Kohlenbranche verpflichten würden, die Holz- und Kohlenlieferungen bis zum 30. Dezember 1922 auf dem vorgeschriebenen Niveau zu halten.

Die Kommission ist heute nachmittag 4 1/2 Uhr neuerdings zusammengetreten. Man weiß noch nicht, ob Schröder in dieser Sitzung der Kommission noch weitere Vorschläge zur Kenntnis bringen wird...

Der „Temps“ bespricht unter der Überschrift: „Die Reparationsentscheidung“ die Lage und schreibt: Von heute abend an heißt es: es muß die Entscheidung getroffen werden.

Aus der Erklärung Schröders

Staatssekretär Schröder führte nach dem Bericht des B. A. u. a. aus: Von maßgebenden politischen Kreisen des Auslands wird der Vorwurf erhoben, daß der Zusammenbruch der Mark von Deutschland selbst absichtlich herbeigeführt worden sei...

Er ist also weit internationaler als die wegen ihres internationalen Bekenntnisses in Acht und Bann erklärte Arbeiterpartei. Allerdings — und darin unterscheidet sich Herr Reichberg von uns — sein Internationalismus ist nicht Ausdruck hohen Menschheitsbewusstseins, sondern das Ergebnis nüchternen Rechnens: durch die finanzielle Verpflichtung der deutschen Industrie mit französischem und englischem Kapital wird für die Regierungen dieser Länder ein Interesse daran geschaffen, daß Wert und Leistung der deutschen Industrie erhalten bleiben.

Wichtig ist die „Erfassung der Sachwerte“ auch mit größter Leichtigkeit lösbar, denn Reichberg ist überzeugt, daß die Abgabe von etwa dreißig Prozent neuer Aktien des deutschen Industriebesitzes an Frankreich und England für die deutsche Großindustrie selbst dann annehmbar wäre, wenn die erschöpften deutschen Finanzen die deutsche Großindustrie für die se Abgabe zunächst gar nicht entschädigen könnten.“ Alle Bedenken und Schwierigkeiten, welche in umständlicher Weise noch kürzlich von der gesamten bürgerlichen Presse aufgestürzt wurden, sind also mit einem Male in ein Nichts zusammengesunken. Sie hatten nur da und nur so lange Bestand, als die deutsche Industrie darin eine Belastung erblickte und hoffen konnte, völlig ungeschoren zu bleiben.

Zu spät?

Unter dieser Epithete befaßt sich der „Daily Herald“ das Tagesblatt der englischen Arbeiter, mit dem katastrophalen Sturz der Mark und der durch den Friedensvertrag geschaffenen Situation. Das Blatt schreibt:

„Die Allerten haben einen doppelten Mährer getan: Sie haben nicht nur gefordert, was Deutschland nicht zahlen kann, sie haben auch gleichzeitig die Zahlungsfähigkeit Deutschlands verhindert. Das Resultat ist der Zusammenbruch. Aber man muß sich noch einer anderen Tatsache erinnern. Hätte sich die Kriegsschuldigung in erschwinglichen Grenzen gehalten, und hätte man Deutschland Zeit gegeben, wieder zu Atem zu kommen, so wäre diese beargwünzte Entschädigung schließlich bezahlt worden; wie dem immer aber sei, in allen Ländern, die Entschädigung bekommen, wären Arbeitslosigkeit und Elend die Folgen gewesen.“

Von Anfang an haben wir verlangt, daß die Kriegsschuldigung gestrichen werde. Unsere Regierung hätte nicht die Einsicht oder den Mut, die Wichtigkeit unseres Rates anzuerkennen und entsprechend zu handeln. Die Last dieser Dummheit und Feigheit der Regierung bekommen die Arbeitslosen zu vertragen, die unsere Straßen bevölkern.“

Wie oft haben wir schon in den ersten Tagen des Waffenstillstandes auf das Argument hingewiesen, daß eine Entschädigung nur in Gold, in Waren oder in Arbeitsleistungen gezahlt werden kann, daß aber das Gold nicht greifbar ist, ja nicht einmal vorhanden ist, daß Waren den Ruin unseres eigenen Marktes bedeuten, und daß Arbeitsleistungen Sklavendienste der deutschen Arbeiter sind und für uns selbst Arbeitslosigkeit im Gefolge haben. Kurz, daß die Entschädigung wirtschaftlich unmöglich ist.“

Niemand beachtete uns damals. Heute sondern es alle Mäuler: Wir haben den Ruin, den die Politik unserer Regierung noch sich ziehen muß. Dieser Ruin steht vor uns.“

Es muß zugegeben werden, daß die deutsche Industrie einen weit stärkeren Vorstoß zur Steigerung der Produktion gemacht hat, als man vor drei Jahren für möglich hielt. Indem sie ihre Arbeiter auf das Hungerniveau herabdrückte, hat sie zur Schande und zum Schaden des Restes der Welt sogenannte „Wiedergutmachung“ gesahlt. Etwas, oder nichts im Verhältnis zu dem, was verlangt wurde, indessen genaug um Schaden anzurichten.“

Als vor kurzem ging die Sache in Deutschland so, daß eine Streichung der krieglichen Forderungen es vor dem finanziellen und politischen Chaos retten zu können schien. Diese Streichung ist nicht erfolgt. Heute mag es zu spät sein oder nicht. Sofortige Rekonstruktion, die Streichung aller europäischen Kriegsschulden und Kriegsschuldigungen als Bedingung einer neuen aufbauenden Friedenspolitik und Zusammenarbeit, mag vielleicht die Völker retten. Es ist die einzige Aussicht.“

Und unsere Regierung steht verhandlungslos und unfähig beiseite. Die Mark fällt und fällt. Ein Finanzchaos ist über Deutschland hereingebrochen, das politische Chaos wird folgen, und es wird nicht auf Deutschland beschränkt sein.“

Die Dunkelmänner

In München findet gegenwärtig der Deutsche Katholikentag statt. In den Berichten darüber seien wir:

„Die heutige zweite Hauptversammlung des Deutschen Katholikentages galt dem Kampfe gegen den Sozialismus, Kapitalismus, Mammonismus und Unmoral. Der 1. Bürgermeister von Regensburg, Dr. Hipp, rechnete mit dem Sozialismus ab, der Verzweiflung über Missionen gebracht habe. Mit der Herrschaft des Sozialismus sei auch der Mammonismus über das deutsche Volk gekommen. Der einzige Weg zur Unterdrückung sei die Rückkehr zur Religion.“

Man könnte daran erinnern, daß die politische Vertretung der deutschen Katholiken, das Zentrum, mit den Sozialisten in einer Regierung sitzt und so an der Verheerung des Mammonismus mitschuldig wäre, wenn das wahr wäre, was der Regensburger Bürgermeister behauptete. Doch träte dieser Einwand nicht den Kern der Sache. Der Regensburger Bürgermeister Dr. Hipp ist entweder ein krasser Idiot, dem noch die Absolvierung einiger Schulmeister anzurechnen wäre oder ein bodenlos gemeiner Demagog. Er mühte wissen, daß bisher nirgendwo auch nur die geringste ökonomische Forderung des Sozialismus verwirklicht ist. Nicht in einem einzigen Lande der Erde herrscht bisher der Sozialismus. Ihn in einem Atemzuge mit Unmoral zu nennen, ist eine Unverschämtheit. Behauptungen derartiger Gehalts können freilich nur von Pfaffen oder Pfaffenjünglingen erhoben werden.“

Vom Zeitungsdruck

(Zür.) Berlin, 30. August. Die täglich kriegende Art im Zeitungsdruck hat den Verlag der „Täglichen Rundschau“ zu neuem Ansehen, seinen Redakteuren, wie auch dem Personal zu kündigen. In dem Wünsche, das Blatt zu erhalten,

hat sich der Verlag an Herrn Hugo Stinnes gewandt. Im Zusammenhange mit dem Nachrichtenapparat der Deutschen Allgemeinen Zeitung soll der Versuch gemacht werden, die Tägliche Rundschau weiter erscheinen zu lassen.

Vom Zeitungsdruckhof. Die sich aus dem Nachtrag der offiziellen Postzeitungsliste ergibt, haben im Juli abermals 144 deutsche Zeitungen und Zeitschriften ihr Erscheinen eingestellt.

Für den Brotwucher!

Die Stellungnahme der sozialistischen Parteien im volkswirtschaftlichen Ausschuss gegen eine Erhöhung der Preise des Umlosgetreides, weil eine derartige Preissteigerung die Volksernährung und die Volksgesundheit auf schwerste gefährden würde, hat die „Deutsche Tageszeitung“ hart verurteilt. Sie spricht — und das ist allerdings eine ebenso denkwürdige wie echt agrarische Methode — den Vertretern der sozialistischen Parteien jede wirtschaftliche Einsicht ab und behauptet wider besseres Wissen und entgegen der Erfahrung der letzten Jahre, daß nur der Brotwucher die Getreideproduktion zu erhalten und zu fördern vermag.

Bei der „Deutschen Tageszeitung“ war eine andere Einstellung nicht zu erwarten, aber überraschend muß die Haltung des „demokratischen“ Berliner Tagblattes, „Amar“, jammert dieses Blatt gelegentlich über den unerhörten Wucher und über die Unfähigkeit der dritten Klasse und selbst des Mittelstandes, sich angesichts der hohen Preise auch nur das Allernotwendigste zum Leben anzuschaffen, aber nicht die Notwendigkeit des Notwendigen bei dem Anstiegen der Preise zu erhalten und zu fördern vermag.

Ob dieser Unterstützung des agrarischen Brotwuchers durch das „Berliner Tagblatt“ wird die „Deutsche Tageszeitung“ nicht minder erfreut sein als über die Haltung des „demokratischen“ Berliner Tagblattes, das ebenfalls unter Berufung auf die Entwertung der Mark die Erhöhung des Umlosgetreides das Wort redet und sich gegen „sozialistische“ Versuche wendet, den Landwirt als den Nutznießer des deutschen Wirtschaftselendes hinzustellen. Die Front der Brotwucherer von den Agrariern bis zu den Demokraten und dem Zentrum, die nur unter dem unmittelbaren Eindruck der Erregung über den Notwendigen sich gelockert hatte, ist damit wieder hergestellt.

Bundestag deutscher Mietervereine

(Z.) Cassel, 28. August. Der diesjährige Bundestag der Mietervereine, die zwei Millionen in den Mieterverbänden organisierte Mieter umfassen, hatten vom 21. August bis 4. September in Cassel ihren diesjährigen Bundestag ab. Die Tagung verdient großes Interesse, namentlich seitens der Arbeiterparteien.

Schon das Programm des vorjährigen Kongresses in Dresden nötigte nicht nur die Reichsregierung und die Reformminister der Einzelstaaten, ihre Vertreter zu entsenden, sondern auch die Gewerkschaften verschiedener Richtungen und die Einzelparteien entsandten Delegierten. Viele Anträge und Forderungen fanden Berücksichtigung im Reichsmietengesetz und im Gesetz zur Umgestaltung des Mietereigentums.

Als wichtigste Referate sind auf der diesjährigen Tagung vorzulesen: Deutsche Wohnungsverhältnisse in Vergangenheit und Zukunft; Die künftigen Träger der Wohnungsverwaltung; Wohnungsverhältnisse in den Gemeinden; Das deutsche Wohnungsbauprogramm. Ueber letzteres Thema wird der aktive Führer der Bauhüttenbewegung, der Genosse Dr. Ingenieur Baane in Berlin, sprechen, der schon letztes Jahr über Wohnungsneubau und Mittelbeschaffung ein großartiges Programm entwickelte, das leider von Reich, Staat und Gemeinde nicht gebührend verwertet wurde. Aber gerade die Mittelbeschaffung und der Einfluß auf die Preisbildung in der Bauhüttenindustrie, damit die durch die Wohnungsbaubauwerke einziehenden Gelder nicht in falsche Kanäle fließen, bewegt die Gesamtbevölkerung außerordentlich. Neben der Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen muß daher der Bundestag als weiteres Ziel der deutschen Mietervereine die Sozialisierung der Bauhüttenindustrie auf sein Banner schreiben, auch auf die Gefahr hin, als sozialistisch bezeichnet zu werden. Wer das Ziel will, muß auch die Mittel und Wege wollen.

Zum Schluss darf wohl die Arbeiterklasse von der Casseler Tagung erwarten, daß der Kampf um die deutsche Hausbesitzer auf ihrem Münchener Verbandstag die richtige Antwort zuteil wird.

Eine schwere türkische Offensive im Gange

(Z.) Athen, 30. August. Von ostlicher griechischer Seite wird der „Demos“ offiziell über die militärische Lage in Kleinasien mitgeteilt: Eine sehr starke türkische Offensive hat am 28. August begonnen und wurde auch die ganze Nacht am 27. August über fortgesetzt. Der schwerste Stoß der Türken richtete sich gegen den 28. morgens gegen die Südküste von Yllar-Buch bis nach Gossan-Bell. Die angreifenden türkischen Streitkräfte werden auf etwa 10 Divisionen eingeschätzt. Der Feind verfügt über eine sehr starke Artillerie und über ungeheure Mengen von Munition. Der Kampf dauert an.

Am 28. August haben türkische Streitkräfte mit Artillerie die arabischen Kräfte bei Dorylee angegriffen. Die Griechen machten einen Gegenstoß und warfen den Feind in Unordnung zurück. Die Türken ließen 10 Tote und Verwundete zurück. Am 29. August war bei Dorylee nur Artilleriekampf.

Zur Streiklage in Frankreich

(Z.) Paris, 30. August. Der ungarische Gewerkschaftsbund beschloß gestern Abend, den Generalstreik als beendet zu erklären. Der Generalstreik war nicht nur in Paris, sondern auch in der Provinz von kleinen Erfolgen begleitet. Außer in den industriellsten Nordfrankreich und in Lyon wurde die Arbeit zum größten Teil aufrechterhalten. In Lyon wurden bei einem Zusammenstoß zwischen Streikenden und der Polizei 6 Personen verletzt und 20 verhaftet.

Dr. Radbruch in München

(Z.) München, 30. August. Reichsjuristischer Rat Dr. Radbruch ist zu einer Besprechung mit dem bayerischen Justizminister nach München gekommen. Die er in einer Unterredung mit dem Vertreter der Münchener Boh mittelst, handelte es sich nur um eine Vermeidung von Streitigkeiten bei der Erledigung anhängiger Fälle. Es kamen weder all-

gemeine Besprechungen noch sonstige Erwägungen in Frage. Die gemeinsame Not verbiete Kompetenzkonflikte und die Person des bayerischen Justizministers verbürge einen logischen Vollzug der Abmachungen.

Eine deutsche Mitteilung an Oesterreich

(Z.) Wien, 30. August. Der österreichische Gesandte in Berlin, Riedl, hat seiner Regierung eine kurze Mitteilung der deutschen Regierung übermitteln, in der diese sich bereit erklärt, in Verhandlungen über die einzelnen Wirtschaftsfragen zwischen Deutschland und Oesterreich einzutreten. Die österreichische Regierung wird ersucht, ihre wirtschaftlichen Wünsche zu formulieren. Die die „Demos“ hierzu aus Wiener informierten Kreisen erzählt, handelt es sich in erster Linie darum, daß die Passivität der österreichischen Handelsbilanz dadurch beseitigt wird, daß der österreichischen Regierung in Deutschland rein private Warenkredite eingeräumt werden.

Parteitag der USPD. in Bera

Die Zentralkommission hat entsprechend einem Auftrag der zentralen Körperschaften den ordentlichen Parteitag vom 1. Oktober auf den 20. September vorverlegt.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Eröffnung und Konstituierung des Parteitages.
2. Geschäftsbericht.
 - a) Kasienbericht und Organisation. Referent: Genosse Ludwig.
 - b) Bericht der Kontrollkommission. Referent: Genosse Rod.
3. Bericht der Reichstagsfraktion. Referent: Genosse Wofsch.
4. Die Einigung des Proletariats. Referent: Genossen Crispian und Ledebour.
5. Sonstige Anträge.
6. Wahl der zentralen Körperschaften.

Die Zahl der Delegierten ist auf 200 festgesetzt. Außerdem nehmen teil: Zentralkommission, Parteirat, Kontrollkommission und zehn Mitglieder der Reichstagsfraktion. Den übrigen Mitgliedern der Reichstagsfraktion ist die Teilnahme freigestellt.

Stimmrecht haben nur die gewählten Delegierten. Anträge zum Parteitag müssen bis zum 6. September bei der Zentralkommission eingereicht sein, wenn ihre Veröffentlichung rechtzeitig erfolgen soll.

Die Wahlen der Delegierten finden am 9., 10. und 11. September in allen Bezirken statt. Bis zum 16. September spätestens müssen die Anmeldungen bei der Zentralkommission erfolgen, da an diesem Tage die Zustellung der Mandate an die gewählten Delegierten erfolgen soll.

Die Zentralkommission der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Zentralkommission unserer Partei wurde in der letzten gemeinsamen Sitzung mit den zentralen Körperschaften — Parteirat und Kontrollkommission — beauftragt, mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands über eine zeitliche Zusammenlegung der beiden Parteitage zu verhandeln.

Bei den Beratungen über die Ausführung dieses Auftrages ergab sich, daß ein Hinschieben der Parteitage auf einen späteren Termin auch aus politischen Gründen nicht angängig war. Schon der ursprünglich vorgesehene 1. Oktober als Beginn des Parteitages unserer Partei erwies sich als ein zu später Termin, denn bereits am 27. September tritt der preussische Landtag zusammen; außerdem muß mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet werden, daß der Reichstag ebenfalls in dieser Zeit mit seinen Verhandlungen beginnt, und endlich stehen in Sachsen Landtagswahlen und in verschiedenen anderen Ländern Gemeindevahlen bevor.

Wenn die sozialistischen Parteien sich mit der nötigen Aktivität an der Erledigung dieser politischen Aufgaben beteiligen wollen, so müssen alle parteipolitischen, parteifaktischen und parteiorganisatorischen Fragen vor den letzten Septembertagen geklärt sein. Dazu gehört auch die Klärung der Einigungsfrage des sozialistischen Proletariats. Es ergab sich aus allen diesen Gründen die politische Notwendigkeit, den Beginn unseres Parteitages vom 1. Oktober auf den 20. September vorzuverlegen.

Wenn die beiden Parteitage in den politischen Fragen und in der Frage der Einigung des sozialistischen Proletariats zu übereinstimmenden Beschlüssen kommen, dann soll die Möglichkeit gegeben sein, daß am Sonntag, den 24. September eine eintägige gemeinsame Tagung der beiden Parteien und eine Kundgebung für den Sozialismus veranstaltet werden kann an einem noch zu bestimmenden Ort, als der Nürnberg in Aussicht genommen ist.

Da die Zentralkommission schon vor geraumer Zeit den Termin für die Wahl der Delegierten auf den 9., 10. und 11. September festgesetzt hat, so sind von den Bezirksleitungen und Ortsgruppen die organisatorischen und technischen Vorbereitungen für die Delegiertenwahl bereits abgeschlossen. Es findet trotz der Vorverlegung des Parteitages auf den 20. September eine Änderung der Wahltermine nicht statt, so daß den Bezirken und Ortsgruppen für die Vorbereitungen zum Parteitag keinerlei Schwierigkeiten erwachsen.

Aus den Bräuten unserer Organisationen und aus unserer Parteipresse ist ersichtlich, daß auch die politischen und parteifaktischen Fragen, mit denen sich unser Parteitag beschäftigen wird, eingehend und gründlich besprochen werden.

Es steht noch die Beratung des Aktionsprogramms auf der Tagesordnung. Die Zentralkommission ist aufs eifrigste bemüht, dieses Aktionsprogramm so rasch wie möglich fertigzustellen und der Parteipresse zur Unterbreitung. Wir bitten dabei zu beachten, daß das ausgearbeitete Aktionsprogramm eine Kollektivarbeit der beiden verhandelnden Parteileitungen ist und. Trotzdem wird, wie schon hervorgehoben, das Aktionsprogramm rechtzeitig den Parteigenossen unterbreitet werden.

Außerordentlicher Beitrag

Zur Deckung der Unkosten für den Parteitag in Bera sollen die drei zentralen Körperschaften, von jedem Mitglied zwei Parteitagsmarken à 3 Mark zu erheben. Dieser Extrabeitrag verbleibt den Bezirken zur Deckung der Delegationskosten.

„Alle Mann ans Werk“

Ueber die Frage, wie der einzelne in unserer Partei sich bei der bevorstehenden Einigung der beiden sozialistischen Parteien zu verhalten habe, wenn er persönlich mit ihr nicht einverstanden ist, hat sich kürzlich in unserem Dresdener Parteiorgan eine interessante Auseinandersetzung abgespielt. Die „Unabhängige Volkszeitung“ in Dresden hatte, wie auch unser Blatt zur damaligen Zeit, über das Referat des Genossen Robert Dikmann vor den Parteimitgliedern und Gewerkschaftsfunktionären in Pögnitz in Westfalen berichtet und dabei besonders den Satz in Dikmanns Rede hervorgehoben:

„Die Vereinigung werde kommen, und es gelte daraus den größtmöglichen Vorteil für das Proletariat herauszuholen. Das hätte für jeden Parteigenossen als Richtschnur zu gelten. Daltet die Partei geschlossen zusammen bis zum letzten Augenblick recht geschlossen in die sich bildende neue Partei, nehmt euren U.S.P.-Geist mit herüber und den Willen, sie in eurem Sinne aktiv voranzutreiben.“

Dieser Auffassung Dikmanns schloß sich unser Dresdener Bruderblatt an und forderte: „Jede Parteigenosse darf sich abseits stellen...“ um gleich darauf fortzufahren:

„Kürzlich hat Genosse Ledebour auf einer Konferenz in Berlin geäußert, daß er auf dem nächsten Parteitag der U.S.P. genau so wie in Halle handeln werde, wenn es ihm nicht geinge, seine Meinung zum Siege zu führen. Die U.S.P. müsse als selbständige Partei unbedingt erhalten werden. Ledebour würde also versuchen, eine Minderheit der U.S.P. um sich zu scharen und organisatorisch zu erklären. Vor diesem Weg kann nicht entschieden genug gewarnt werden. Er könnte nur zur Schwächung der Arbeiterbewegung führen. Unter den gegebenen Umständen könnte es nur ein kleines Häuflein sein, das Ledebour begleitet.“

Wenn es sich um die Vereinigung der sozialistischen Parteien handelt, ist die Situation grundverschieden von der, die während der Hallenser Spaltung der U.S.P. vorlag. Damals war die Frage, ob es verantwortet werden könne, unter das feudistische Joch der 21 Bedingungen Moskaus zu kriechen. Das wäre ein schweres Verbrechen an der Arbeiterbewegung gewesen. Ueber die Verantwortlichkeit der Bedingungen war schon damals kein Zweifel möglich und aus der Praxis der Politik der U.S.P. ward mehr als zuviel erlernen, was es für eine Arbeiterpartei bedeutet, von den Staatsnotwendigkeiten Russlands in militärischem Kadavergehoram abhängig zu sein.“

Anderes aber liegen die Dinge, wenn künftig über die Vereinigung des sozialistischen Proletariats entschieden wird. Man kann gewiß der Meinung sein, daß die Verbindung der U.S.P. und S.P.D. vorteilhafter im Kampfe erfolgen werde, daß sie sich als Resultat gemeinsam geführter Aktionen erweisen müsse. Selbst einseitig geführte Beschlüsse der Parteitage der beiden Richtungen haben sicher nicht jene Wirkung auf die Massen, wie etwa die nach einem gemeinsamen Wahlkampf gewonnene Erkenntnis; wir schlagen als Waffenbrüder den gemeinsamen Feind. Die Waffenbrüderlichkeit hat sich bewährt. Der Beweis dafür ist erbracht. Warum sollen wir nun noch getrennt marschieren? Der Kampf gegen die reaktionären Kräfte in Deutschland ist freilich vertagt worden. Man erhofft sich späterhin besseren Erfolg, wenn die Einigungsfrage gelöst ist. Wir setzen die Wichtigkeit dieser Taktik an, aber wir sind nicht entscheidend. Wir sagen uns demzufolge nach den Wünschen der proletarischen Demokratie. Denn über taktischen Fragen kann eine Partei nicht zerbrechen.

Entscheidend ist vielmehr: Ist die Gewißheit gegeben, daß es unserem Einfluß in einer geeinten Partei gelinzt, die Notwendigkeiten des Klassenkampfes durchzusetzen. Wir haben diese Hoffnung, und wenn wir daran denken, daß sich nach dem Kräfte in besonderem Maß die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit verschärfen, daß eine Situation der anderen folgt, in der nachgerade die Arbeiterschaft zum Einsatz ihrer Kraft für die ureigensten Interessen gezwungen wird, wenn sie schon „Ruhe und Frieden“ haben wollte, wenn wir endlich des einmütigen Widerstands aller bürgerlichen Parteien gegen grundlegenden Fortschritt gedenken, dann ist uns erst recht nicht bange, daß unsere Auflassung über die Führung des Klassenkampfes deshalb nicht legerlich in einer vereinigten Partei werden könnte, weil die U.S.P. numerisch schwächer ist wie die S.P.D. Es kommt, so glauben wir, in Zukunft in der Arbeiterbewegung vielmehr auf die guten Gründe, auf die besten Argumente an, um in ihr einer „Mischung“ zum Siege zu verhelfen. Auch in der S.P.D. regt sich die Opposition gegen die früher und zum Teil auch noch jetzt betriebenen Kompromiß- und Intransigenzpolitik gewaltig. Die Opposition konnte nur die organisatorische Schranke nach links hin nicht übersteigen...“

Wenn also jeder Parteigenosse vor die Wahl gestellt ist — und das ist sehr wahrscheinlich, wenn die S.P.D. nicht versagt —, den Schritt der Vereinigung mitzumachen oder indifferent zu werden — denn die Beschaffenheit der S.P.D. schließt einen Anstoß an diese völlig aus —, dann ist die Entscheidung von vornherein nicht zweifelhaft: Es muß freudigen Willens die größere Einheit, die vereinte sozialistische Partei wählen, um den Einfluß seiner bisherigen Partei zu erweitern. Er kann sich so entscheiden, denn der Gang der Entwicklung bezeugt, daß sich die Ideen des grundsätzlichen Sozialismus durchsetzen.“

Was wäre erreicht, wenn erst ein Teil unserer Genossen — viele lämen nicht in Frage — versuchen würde, sich als U.S.P. trotz eines Parteibeschlusses unter allen Umständen selbständig zu erhalten? Eine solche Splinterpartei wäre absolut aktionsunfähig. Wenn schon die viel größeren Parteien nach dem Rathenaumord aus dem Gefühl heraus zu einer passiven Haltung veranlaßt wurden, daß Voraussetzung für den Sieg des Proletariats die Vereinigung sei, wie viel weniger wäre eine Partei lebensfähig, die nur einen Bruchteil der heutigen U.S.P. umfaßte. Das einzige Ergebnis wäre, daß die U.S.P. in einer vereinigten Partei ge-

schwächt würde und daß wertvolle Kräfte der Arbeiterbewegung brach lägen. Darum: kein Gedanke an eine Zerstückelung; Geschlossenheit der Partei ist oberstes Gebot!

Wir glauben, daß die besprochene Aeußerung des Genossen Ledebour einem Augenblick heißen Gefühls während des Redegeschehens entsprungen ist. Ledebour und jeder sollte für seine Auffassung kämpfen. Unterliegt er, dann hat mit schonen Worten Genosse Dikmann die Pflicht gemeldet, die ihm erwächst.“

Auf diese Darlegungen unseres Dresdener Bruderblattes antwortet Genosse Ledebour in einem Artikel: „Einigkeit, aber nicht Zerteilung.“ u. a. folgendes:

„Auch die „Unabhängige Volkszeitung“ in Dresden hat sich für die Verschmelzung mit der S.P.D. ausgesprochen. Sie hat sich dabei gegen die von mir abgegebene Erklärung gewandt, daß ich wie in Halle mich bemühen würde, unter allen Umständen unsere Partei am Leben zu erhalten, auch wenn eine Mehrheit auf dem Parteitage in Gera sich anders entscheiden sollte. Die Redaktion meint, meine Erklärung sei wohl nur „einem Augenblick heißen Gefühls während des Redegeschehens entsprungen.“

Meine Dresdener Freunde irren. Meine Erklärung war reichlich überlegt. Ich bin heute mehr denn je überzeugt, daß sie notwendig war, und werde demgemäß handeln.“

Darüber gibt es in der Partei gar keine Meinungsverschiedenheit, daß im Interesse der sozialistischen Bewegung die Einigung des gesamten Klassenbewußten Proletariats zur erfolgreichen Durchführung des proletarischen Klassenkampfes notwendig ist. An der Arianszeit ist unsere Partei entstanden im Protest gegen das Bündnis, das die Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei mit den kapitalistischen Parteien zur Durchführung des imperialistischen Krieges geschlossen hatte. Wir haben dann hingearbeitet auf den revolutionären Umsturz. Später haben wir immer betont, daß es die Aufgabe der U.S.P. sei, die Einigung des Proletariats durch gemeinsame Aktionen herbeizuführen. Wiederholt haben wir dann auch die anderen Organisationsformen zu solchen gemeinsamen Aktionen bewogen, und zwar nicht bloß in den Parlamenten, sondern, was viel wichtiger ist, vor allem an gemeinsamen Massenaaktionen der Arbeiterklasse. Der Klassenkampf, der durch solche Aktionen bei allen Teilnehmern erweckt und gefördert wird, hätte früher bald zur Einigung des gesamten Klassenbewußten Proletariats geführt.

Das wir jetzt erleben, ist aber ein Bruch mit diesem naturgemäßen Entwicklungsgang der proletarischen Bewegung. Verschiedene Parteinstanzen haben sich für die einseitige Verschmelzung mit der heute noch im Bündnis mit kapitalistischen Parteien vertretenen rechtssozialistischen Partei ausgesprochen. Wie ist es dazu gekommen?“

Gegen diese einseitige Verschmelzung habe ich mit aller Entschiedenheit protestiert, weil sie die Voraussetzung einer einheitlichen Klassenkampfpartei des Proletariats nicht befördert, sondern erschwert. Jetzt schon in den vorerreichenden Stadien ist unsere Partei von ihrem bisherigen Standpunkt einer revolutionären Klassenkampfpartei zurückgewichen. Das geplante Vermittlungsprogramm wird das noch deutlicher zum Ausdruck bringen. Denn die heutige rechtssozialistische Partei hat, wie ihr Führer Programm und ihre tatsächlich betriebene Politik beweisen, keineswegs sich zurückgemauert zu einer sozialistischen Gesamtaufstellung. Sie ist auch heute noch behaftet mit Anschauungen, die ihr die fruchtbarste Veräußerung eingepreßt hat. Trotz ihres Namens ist sie eine bürgerlich-demokratische Partei. Die Verschmelzung mit ihr würde auch unsere Partei zu dieser reformistischen Taktik hineinziehen. Die Geschäfte unserer Reichskonferenz leisten dem bereits Vorschau.

Das Verschwinden der U.S.P. würde aber eine scharfe Kluft aufreißen zwischen der vereinigten sozialdemokratischen Partei und der kommunistischen Partei. Wir hätten in Deutschland statt der erstrebten einheitlichen Klassenkampfpartei des Proletariats zwei sozialistische Parteien: eine bürgerlich-verstepte reformistische und eine revolutionäre Partei. Der Bruderkampf würde ohne Milderung weitergehen.

Das darf und soll nicht sein! Der unabhängige Sozialismus als selbständiger Faktor im proletarischen Klassenkampf ist mehr denn je ein Lebensbedürfnis des Proletariats. Denn auch die heutige kommunistische Partei ist nicht reif für das Aufgehen in der großen geeinten sozialistischen Partei. Die politische und finanzielle Abhängigkeit der K.P.D. von der Moskauer Diktatur macht jeden Zusammenschluß mit ihr für uns unannehmlich.

Es ist und bleibt auch jetzt deshalb die gewaltige Aufgabe der Unabhängigen Sozialdemokratie, den Kern und die Barrikade zu bilden für die große sozialistische Klassenkampfpartei der Zukunft. Wer sich mit Leib und Seele dieser Aufgabe gewidmet hat, dem erwächst die Pflicht, den geplanten Uebergang der U.S.P. in das reformistische Lager zu hindern. Sollte trotzdem in Gera eine Mehrheit die Verschmelzung mit der S.P.D. beschließen, dann müssen die Genossen, die an der bisher von der Partei vertretenen Auffassung festhalten, sich zusammenschließen, um, wie in Halle, die Unabhängige Sozialdemokratie aufrechtzuerhalten im Interesse der gesamten Emanzipationsbewegung des Proletariats.

Diese Erkenntnis ist es, die mich bewegen hat, meinerseits bei erster Gelegenheit die Erklärung abzugeben, daß ich unter allen Umständen so verfahren werde...“

In einem Artikel „Alle Mann ans Werk“ hat darauf das Dresdener Parteiblatt zu dieser Antwort Ledebours Stellung genommen und dabei ausführt:

„Der Gedanke der Einigung ist in den letzten Wochen mächtiger, als es zu hoffen war, Gemeingut der Arbeiterklasse geworden. Ob dieser oder jener Weg beschritten wurde, der Gedanke wäre doch marschiert, und das

ist an sich erfreulich; denn der Gedanke kam aus den Massen, die eine große schlagkräftige Partei wünschen. Er kam in erster Linie auch aus den Kreisen der rechtssozialistischen Arbeiter, die größere Aktivität ersehnen und damit das Zusammenwachsen mit der U.S.P.

Das führt uns dazu, zu untersuchen, ob es unbedingt ein Unglück ist, wie Genosse Ledebour meint, wenn die Vereinigung mit der S.P.D. vor sich geht. Wir verneinen das.“

„Also ist die Hauptsache, ob sich die gemeinsame Partei im Sinne des Klassenkampfes orientieren wird. Hier schäben wir die geschichtlichen Notwendigkeiten der Entwicklung, den Willen der Massen, die zu bewertenden Erfahrungen und vor allem unsere eigene Tatkraft, den Glauben an die herrliche Stärke unserer Ideen ein. Man kann wohl der Meinung sein, daß die organisatorische Verschmelzung der sozialistischen Parteien zur Unzeit bevorsteht, daß die Art, wie der Einigungsgedanke forciert wurde, verwerflich ist, man kann aber nicht sagen, daß eine Vereinigung mit der S.P.D. überhaupt nicht in Frage kommt.“

„Die während der Rathenaufreife gemachten Erfahrungen müssen verwertet werden. Sie lassen sich dahin zusammenfassen, daß die kapitalistischen Parteien keine Konzeptionen an den Sozialismus zu machen gewillt sind. Fortschrittlich muß die Arbeiterklasse durch eigene Kräfte erkämpfen. Erinnerung sie sich dieses Grundabzuges immer, dann wird sie faktische Irrungen überwinden und Kräfte weiter Ordnung lösen, selbst die Koalitionsfrage, so eminente Bedeutung sie hat. Die Frage ist also nicht, können wir uns mit Nordhegern verbinden, wie Genosse Ledebour meint, sondern mit den rechtssozialistischen Arbeitern, die die Rot wie alle anderen drückt. Zweifellos hat die S.P.D. schon ein anderes Gesicht wie früher. Wir erinnern a. B. an die jüdische Politik. Man darf nicht Einzelerscheinungen, man muß die Gesamtheit der Erscheinungen würdigen.“

„Wenn es also nun so steht, daß die von der Partei eingeschlagene Taktik auf einen Zusammenbruch hinausweist, wenn dafür in erster Linie die organisatorische Schwäche der getrennt marschierenden Parteien maßgebend war, und wenn der Parteitag entsprechend beschließt, dann wäre es doch wirklich verfehlt, sich abseits zu stellen.“

„Es muß ohne weiteres zu denken geben, daß sich die Partei in der glänzendsten Situation aus einem Gefühl der der Schwäche heraus passiv verhielt. Anzunehmen, daß hier eine Wendung bei voraussetzungslos nicht so glänzenden Situationen eintreten wird, erachtet wir als Illusion. Wenn aber keine Wendung eintritt oder eintreten kann, dann hat es auch keinen Zweck, die Ursache der Passivität nämlich die Taktik, daß die sozialistischen Parteien zu Aktionen organisatorisch zu schwach sind, weil sie getrennt marschieren, länger aufrechtzuerhalten.“

Die organisatorische Aufrechterhaltung zerstückelter Teile der U.S.P. hätte keine andere Wirkung als die, den sicherlich nicht leichten Kampf zu erschweren, der geführt werden muß, um die geeinte Partei im Sinne des Klassenkampfes zu durchdringen. Der Kampf ist nicht ausfichtlos. Er ist im Gegenteil erfolgversprechend. Nicht nur die übergroße Mehrheit unserer Parteigenossen leidet beispielsweise den Koalitionsgeboten ab, auch weite rechtssozialistische Kreise sind von Mißtrauen gegen die in Deutschland getriebene Koalitionspolitik erfüllt. Es ist dann Sache der U.S.P. selber, daß sie Vertreter mit der Wahrnehmung ihrer Ideen beauftragt, die für die Durchsetzung ihrer Gedanken Gewähr bieten. So ist also die Verantwortung in Gera auf die Vereinigung mit der S.P.D. schief am Platze. Die Kraft eines jeden U.S.P.-Genossen kann, und wäre es auch unter Schwierigkeiten, zur Geltung gebracht werden. Ein abgeschlossenes Teilchen der U.S.P. müßte da — neben notwendig zum bedeutungslosen Anhängsel einer anderen Partei werden. Damit wäre der beabsichtigte Zweck der richtunggebenden Vereinbarung der Arbeiterklasse aber verfehlt.“

Genosse Ledebour sagt, die U.S.P. muß unter allen Umständen erhalten werden. Dagegen wenden wir uns. Wie wäre es, wenn die übrigbleibende Schar das Fehlen nicht lobnt? Das zeigt schon die Nähe in der Beweisführung des Genossen Ledebour.“

„Wenn schon trotz des Dranges der Massen einzelne geloben, ihre Hilfe beim Werke der Einigung zu verlagern, wie viele Genossen hätten jene Illusionäre wohl die gläubigen, die Einigung vom armen Fische aus beschließen zu können, mit in die S.P.D. abzuziehen? Denn darum hätte es sich früher bei der Beschaffenheit der S.P.D. nur handeln können. Anders wäre diese nicht bereit gewesen. Versuche sind ja genügend sichtbar geworden, und gewissermaßen einigungsbereit zu machen, und selbst auf der Reichskonferenz hat es daran nicht gefehlt. Nun aber liegen verstärkte Erfahrungen vor, und wir betonen ganz ausdrücklich: einen Uebertritt machen wir nicht mit, nur eine vereinte Partei auf neuer Grundlage ist für uns diskutabel! Genosse Ledebour alant offenbar auch, daß wir so auch in der S.P.D. aufgehen sollen. Gewisse rechtssozialistische Nährer nähren ebenfalls neffentlich diesen Gedanken. Sie könne, wenn sie davon nicht ablassen, eine ernüchternde Enttäuschung erleben. Wir fühlen uns schmerzhaft, und wir können es. Wir verlangen, daß in programmatischer und taktischer Beziehung gemeinsam gangbare Richtlinien aufgestellt werden...“

„Wir sind also nach allen gewissenhaften Erwägungen noch wie vor davon überzeugt, daß die Partei völlig geschlossen handeln, und daß jeder nach Kräften mitarbeiten muß, die Widrigkeiten der Entwicklung zu überwinden. Alle Mann ans Werk.“

Wir brauchen wohl kaum noch besonders hervorzuheben, daß wir in dieser Streitfrage auf der Seite des Genossen Dikmann und unseres Dresdener Bruderblattes stehen.“

Sieben Todesurteile. Moskauer Blättern zufolge sind in Omsk (Sibirien) vom dortigen Revolutionstribunal 7 Geistliche wegen Widerstandes bei der Einsegnung der Kirchenorgane zum Tode verurteilt worden. Das Urteil ist schon vollstreckt worden.

Zweihundert Menschen ertrunken. Der sibirische Dampfer Jtata ist gescheitert. 160 Passagiere und die Besatzung sind umgekommen.

WENESTI RUND

FEINE MILDE CONSUM-ZIGARETTE

MIT UND OHNE GOLD!

Die Arbeit der Gemeinde im Winter

Wiederbeginn der Stadtverordnetenversammlung / Hilfe gegen den Winter Organisation der Werke / Der Kampf der Parteien

Heute tritt die Stadtverordnetenversammlung zu einer Vertiefung zusammen, die in Wirklichkeit den Wiederbeginn der Arbeit im Berliner Rathaus bedeutet. Die beispiellose Katastrophe, die über das deutsche Wirtschaftsleben hereingebrochen ist, deren Auswirkung, wenn nicht Wunder geschehen, noch gar nicht abzusehen ist, stellen die Gemeinde vor Aufgaben so vielfältiger und verwickelter Natur, daß die äußerste Anspannung der Energie aller Beteiligten notwendig ist, um mit den Kräften der Berliner Gemeindeverwaltung das Höchstmögliche von Schutz für die Bevölkerung zu schaffen. Die beispiellose Geldentwertung hat eine katastrophale Verschlechterung der Ernährung und gesamten Lebenshaltung fast aller Schichten der Bevölkerung zur Folge. Die erste Aufgabe, die vom Berliner Magistrat mit Unterstützung der Stadtverordnetenversammlung zu lösen ist, ist die Sicherstellung der Ernährung und Versorgung mit den lebensnotwendigsten Produkten. Leider muß man feststellen, daß der Magistrat nicht die Initiative entfaltet, die man von ihm seiner Zusammensetzung nach unbedingt erwarten müßte. Die Berliner Gemeindeverwaltung kann freilich von sich aus die Wirtschaftskatastrophe selbst nicht aufhalten. Sie muß aber sofort alle verfügbaren Mittel aufbieten. Sie muß aber sofort alle verfügbaren Mittel aufbieten. Sie muß aber sofort alle verfügbaren Mittel aufbieten.

mit ihren Milliardenwerten können der Öffentlichkeit nur dann erhalten und vor dem Zugriff des Privatkapitals gesichert werden, wenn sie wirtschaftlich erstklassig geleitet, von dem hemmenden Einfluß des bürokratischen Verwaltungsmechanismus befreit werden. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß es durchaus möglich ist, auch rechtlich Formen für die Verwaltung dieser Wirtschaftsbetriebe zu finden, die den wirtschaftlichen Notwendigkeiten entsprechen, ohne die Interessen der Gesamtheit durch Veräußerung oder Auslieferung an das Privatkapital zu schädigen.

Bis zu einem gewissen Grade kann man sagen, daß die Schwierigkeiten der Führung der Berliner Geschäfte auch mit Schuld der Stadtverordnetenversammlung gewesen sind. Drängen im Lande genießt die Berliner Stadtverordnetenversammlung kein besonderes Ansehen. Die übertriebene Redewut, die oft genug abstoßend wirkenden Redensarten haben nicht zur Erhöhung und Befestigung des Ansehens der Versammlung beigetragen. Von den reaktionären Kreisen, die aus all diesen Vorgängen ebenso wie aus der ungeheuren wirtschaftlichen Not ihre trübe und durchsichtig demagogische Agitation speisen, ist immer wieder der Versuch gemacht worden, diese Vorgänge und die mangelnde Arbeitsfähigkeit der Versammlung, die gerade die Deutschenationalen oft genug bewußt gefördert haben, den sozialistischen Parteien in die Schuhe zu schieben. Der in Aussicht stehende Zusammenschluß der beiden großen sozialdemokratischen Fraktionen wird, wie wir hoffen, wesentlich dazu beitragen, das Niveau der Versammlung zu heben, ihre Arbeiten im Interesse der Bevölkerung zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Der Zusammenschluß der beiden großen Arbeiterparteien, die im Rathaus zusammen über 90 Sitze verfügen, wird wesentlich dazu beitragen, daß wichtige Entscheidungen, die bisher Monate lang liegen blieben, beschleunigt werden können. Die bürgerlichen Parteien der Stadtverordnetenversammlung werden sich bald entscheiden müssen, ob sie den utopischen Versuch der Bildung eines Bürgerblocks gegen die beiden Arbeiterparteien riskieren wollen. Insbesondere in der Deutschen Volkspartei und der von ihr beeinflussten Presse wird immer wieder der Versuch gemacht, einen geschlossenen Block der bürgerlichen Parteien einschließlich der Deutschenationalen gegen die rote Gefahr zu bilden. Demokraten und Zentrum, die im Rathaus ja

nur eine kleine Minderheit sind, haben bisher in wichtigen Fragen der Vertiefung einer rein bürgerlichen antisozialistischen Politik nicht widerstehen können, trotzdem mindestens beim Zentrum die Gegenströmung gegen eine solche feindselig vermittelte Einstellung ziemlich stark gewesen ist. Wir können diese Versuche gelassen über uns ergehen lassen. Die Deutschenationalen betreiben im Rathaus eine so offene volksfeindliche, rein demagogische Politik gegen die Interessen der Stadt (oft genug Arm in Arm mit den Kommunisten!), daß schon daran, ganz abgesehen von dem Zwang der starken wirtschaftlichen und politischen Gegenkräfte innerhalb der bürgerlichen Parteien, alle diese Versuche der Herstellung einer Bürgerfront immer wieder zum Scheitern verurteilt sind. Im Gegenteil. Wir sind der Überzeugung, daß der stärkere Zusammenschluß der Arbeiterparteien zu einer härteren Beeinflussung der bürgerlichen Parteien und zu einer Sprengung des Bürgerblocks auf die Dauer führen muß. Die Berliner Arbeiterschaft wird jedenfalls gut tun, die Vorgänge im Rathaus mit Aufmerksamkeit zu verfolgen. Wenn dort auch nicht um die großen entscheidenden Fragen gerungen wird, so hängt doch von der dort geleisteten Arbeit sehr viel für die arbeitende Bevölkerung ab. Die enge Verbindung der Arbeiterorganisationen, der Gewerkschaften und Parteien mit der Tätigkeit der Stadtverordneten ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit, vor allem im Interesse der schwer leidenden minderbemittelten Bevölkerung.

Endgültige Festsetzung der Mieten

Das städtische Zentralamt für Wohnungsweisen teilt uns folgendes mit: Auf den Einspruch des Oberpräsidenten beschloß die heute der Magistrat erneut mit der Bekanntmachung zum Reichsmietengesetz. Änderungen hinsichtlich der Höhe der Hundertsätze wurden nicht vorgenommen. Geht es um die Höhe der Hundertsätze, so ist in der ersten Fassung vorgesehene Prozentsatz von 115 Prozent für die Kosten der Verwaltung, Hausreinigung und dergleichen in Häusern mit hauptberuflich tätigen Portiers, Heizerinnen usw. Die Mieter dieser Häuser haben demgemäß, je nachdem es sich um einfache Häuser oder um Häuser mit besonderer Einrichtung handelt, zu ihrer Friedensmiete einen Zuschlag von 50 oder 65 Prozent zu zahlen. Ferner wurden die Kosten der Instandhaltung von Herden und Tischen, Rolläden und Jalousien wieder in den allgemeinen Hundertsatz für laufende Instandsetzungsarbeiten genommen, so daß sie von den Mietern, in deren Wohnung derartige Arbeiten ausgeführt werden, nicht mehr besonders getragen zu werden brauchen. Was den Kreis der „großen Instandsetzungsarbeiten“ betrifft, so wurde dieser auf Anordnung des Oberpräsidenten erheblich erweitert. Bei der geschlossenen Unterseite verbleibt es an sich bei den Zuschlägen von 200, 300 und 600 Prozent, jedoch wurde dem Vermieter das Recht eingeräumt, für die Säuberung der Mieträume und Reinigung der Wäsche, Gardinen und dergleichen die ordnungsgemäßen Preise von dem Untermieter zu fordern. Die Preise sind also nicht in dem oben bezeichneten Hundertsatz einbezogen. Die Bekanntmachung wird in einer der nächsten Nummern des Gemeindeblattes und in sonstiger ersichtlicher Weise veröffentlicht werden. Sie erhält ihre praktische Wirksamkeit in der übergroßen Zahl der Fälle erst am 1. Oktober 1922. Nähere Ausführungsbestimmungen und Erläuterungen dazu werden vom städtischen Zentralamt für Wohnungsweisen noch bekanntgegeben werden.

Steigende Brotpreise!

Das Ernährungsamt der Stadt Berlin teilt mit: Mit Rücksicht auf die in den letzten Tagen eingetretene Verteuerung der wichtigsten Rohmaterialien für die Brotherstellung (Zellulose, Hefe, Streumehl, Kohle) hat sich der Magistrat gezwungen gesehen, den Preis für das Markenbrot um 80 Pf. auf 2,40 Mark und den Preis für die Markenschrötte um 5 Pf. auf 1,15 Mark heraufzusetzen.

Oeffentliche Frauenversammlungen

Heute, Donnerstag, den 31. August, abends 7 1/2 Uhr,
Comeniusstraße, Memeler Str. 67,
Reinholdsdorf-Bez., Augusta-Viktoria-Allee 22,
Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 145,
Roabiter Gesellschaftshaus, Bischofstr. 24,
Germania-Brauerei, Frankfurter Allee 313.
Freitag, den 1. September, abends 7 1/2 Uhr,
Schulaula, Greifenhagener Str. 20,
Schulaula, Veltliner Str. 47/48,
Wilmersdorf, Viktoria-Garten, Wilhelmstraße 114/115,
Schöneberg-Friedenau, Ulland-Säule.
Tagesordnung:
„Vor der Hungerkatastrophe“

gestigte Kämpfe wird die seit langem umstrittene Frage der Organisation der Groß-Berliner Werke und der anderen Bewirtschaftung der Berliner Nieselgüter auslösen. Die Sprecher unserer Fraktion haben im Plenum mehrmals, genau wie wir in der „Freiheit“, darauf hingewiesen, daß in diesen wirtschaftsorganisatorischen Fragen, die weit über die Grenzen Berlins hinaus von der allergrößten Bedeutung sind, der Berliner Magistrat bisher sich noch nicht zu klarem und eindeutigen Handeln hat aufraffen können. Monate um Monate sind mit immer hin- und hergehenden Verhandlungen vertrieben worden. Trotzdem jeder Kenner wirtschaftlicher Vorgänge seit langem sah, daß eine Entbürokratisierung der Wirtschaftsbetriebe in einer Zeit sich überstürzender Veränderungen im allgemeinen Wirtschaftsleben eine Lebensnotwendigkeit für die Stadt ist, hat der Magistrat bisher alles beim alten gelassen. Wir haben immer betont, daß für uns Kommunalisierung kein dogmatisches Festhalten an überlebten Formen aus der Zeit des Kommunalfreiwirts bedeutet. Die großen Berliner Werke

Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer.

(32. Fortsetzung.)
Jeden Tag hatte er etwas. Manchmal lag er auf. Die Geschichte mit dem dreibeinigen Kolb war gelogen gewesen, und der große Brand war übertrieben gewesen, an den neuen Fabrikprojekten war kein wahres Wort, und die Weinanbauten stimmten auch nicht. Und er hatte Glück. Kein Mensch, der ihm den Schwindel aufgedeckt und nachgewiesen hätte. Niemand wußte, wer die Gegend so eifrig bereiste und jeden Spatenstich nach Mainz berichtete. Dem Philipp aber gab's Geld in die Tasche. Wenn sie ihm auch manchmal die längsten und schönsten Berichte auf drei fünf Zeilen zusammenstrichen, es gab doch ein paar Bahnen. Und da er in jedes Blatt ein bißchen anders schrieb, so zählte sich's von den verschiedenen Blättern zu einem ganz hübschen Bündchen zusammen. Die Redaktionen merkten nicht, daß sie den gleichen Korrespondenten hatten, sie fanden nur immer ihre Nachrichten durch die anderen Blätter bestätigt.
Und so war der Philipp sein heraus. Er trug ein schwarzes Hütchen, hatte verschiedene Schlipse, hatte Sandalschuhe für den Sonntag — konnte sich auch Zigarettens kaufen — billige Marke der Compagnie Lagartine — und war der feinste junge Mann im ganzen Dorf. Und das ganze Dorf guckte er von oben herab — und auf das ganze Dorf guckte er von oben herab — und auf die Schulmeister besonders.
Er war entschlossen, keiner zu werden, — und die Mutter fuhr nicht mehr so aus dem Häuschen wie früher, wenn er's ihr sagte.
Er hatte einen neuen Freund gefunden, den Sohn eines Judenlehrers in einem Nachbarort. Sie fuhren täglich zusammen in die Stadt — der kleine Herz — das „Herzchen“ wie er genannt wurde — ins Gymnasium.
Das Herzchen war ein heller Kopf — ein stiller, fleißiger Mensch. Er hinkte ein klein wenig — und war vielleicht dadurch gezwungen, sich von den Mitschülern etwas zurückzuhalten. Die Folge war natürlich, daß die anderen an ihm vorbeigingen.

Einmal war das Herzchen gerade angeht kommen, als der Zugführer zur Abfahrt gebliffen hatte. Man wollte ihn schon zurückhalten beim Einstiegen. Da nahm ihn der Philipp oben vom Coupe aus unterm Arm und riß ihn mit einem kräftigen Ruck herauf. Der Schaffner schimpfte, der Zug war schon im Fahren gewesen — aber das Herzchen sah drin und war froh, mitgekommen zu sein.
Seitdem waren die beiden gute Freunde. Mit den Eulenkühen machte der Philipp vor wie nach seine schlechten Streiche — sie durchstreiften Wiese und Feld, besahen mit Klößen die Seltz, plünderten das Obst von den Bäumen, taten auch ein paar Sätze auf die Seite, wenn die Eulenkühen in ihren großen Obstverkauf abhiefen — den Ertrag legten sie als angehende Studenten in Bier an — und wenn man den Neuen zum ersten Male zapfen konnte, dann schliefen sie sich in den Keller ein — das heißt, einer mußte Wache stehen und die gefüllten Flaschen in Empfang nehmen, die andern beiden mußten abwechselnd an dem eingelassenen Schlauche saugen — und war dann mit Wurst und Brot ein Festmahl beisammen, krochen sie in einen hohen Weidenbaum hinein und ließen sich's gut schmecken. Manchmal ging dann zwar die Welt mit ihnen im Kreise herum — und die Begleiter gingen ihnen verloren — aber sie waren doch drei feste deutsche Männer im Hochgefühl ihrer Saustraft und im Kraftüberschuss ihrer freien Jugend.
„So leben wir, so leben wir, so leben wir alle Tage...“ In die Flaschen taten sie einen Zeitel mit dem schauerlichen Bericht eines Schiffsunglücks, verriegelten sie und warfen sie in die Seltz, daß sie zum Rheine zuschwammen. Und manchmal schrieben sie auch einfach:
„Herr Bürgermeister zu Weisel.
Der dies liest, ist ein Esel.
Der es glaubt, eine Kuh,
Und der Dohs bist du.“
Die Eulenkühe, das waren und blieben Herrlichkeiten.
„Du, und weißt du — aber nein — ich sag's nicht.“
„Was denn, jag's!“

„Dein Ehrenwort, daß du nichts sagst.“
„Mein Ehrenwort — parole d'honneur!“ — und der Philipp strich über seinen schwächlichen Schnurrbartstamm mit einer großen Gebärde und einer eckigen Arm- und Handbewegung.
„Dein Ehrenwort — daß du nichts sagst — die — die Schwarze Emilie!“
„Die Schwarze Emilie?“
Und ein Lied von Schönheit, und ein Lied von Glück. Liebe, junge, dumme, schöne Liebe.
Drei Ruben steckten die Köpfe zusammen. Sechs Augen blinken und lichten — sechs Lippen glühen und werden feucht. Ein Herz ist wach geworden — eine Blüte streckt sich aus der Knospenhülle hervor und blüht in die Welt — in die lachende, träumende, schwärmende, glückliche Welt.
„Die Schwarze Emilie!“ — sie halten sich fest umschlungen die dreie, und der größte erzählt. Er hat sie getroffen an Seiberts Garten — er hat ihr die Hand gedrückt — er hat sie wieder getroffen, wieder getroffen, wieder getroffen. Er hat ihr Weilschen gepflückt in den Wiesen.
„Es klingt, es singt. Helle Füße durch das grüne Gras.“
Und wenn der Abend kommt — und der Mond scheint — oder besser noch — wenn der Mond hinter den Wolkeln sich verbirgt — dann treffen sie sich.
„Sie steht hinter Seiberts Hollerbaum und erwartet mich!“
„Und du hast sie schon geküßt?“
„Geküßt? Aff! Auf den Mund! Witten auf den Mund!“
„Und sie dich?“
„Und sie mich!“
„Bravo!“
„Bravo! — hätt dabei sein mögen.“
Zwei stoßen heimlich einander an. Ein bißchen Spott zwinkert in ihren Augen — ein bißchen Neid — ein bißchen Unverständnis bleibt auf ihren Stirnen wie ein Schatten. Aber der Größte merkt's nicht, er erzählt noch.
Die andern lichern.
„Ihr seid Esel — Affen seid ihr!“
(Fortsetzung folgt.)

